



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 25.04.2016

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 18.04.2016, 16:00 Uhr bis 19:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Erika Oedingen	SPD-Fraktion
---------------------	--------------

Beratende Mitglieder

Herr Wolfram Baentsch	Alternative für Deutschland
Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen

Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Reinhold Goss	Stadtschulpflegschaft Köln
Frau Beate Habets	Evangelische Kirche

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
-------------------------	--

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
------------------------------	-----

Beratende Mitglieder

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Ebru Coban	Integrationsrat
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Zülfükar Genc	Integrationsrat
Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Frau Manuela Laukat	Stadtschulpflegschaft Köln
Frau Bettina Levy	Synagogen-Gemeinde Köln

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der **Schulpost** sowie ein **Flyer zum Event „Freischwimmen“** des Kölner Jugendrings am 25.06.2016 ausgelegt wurden.

Vom Text der Mitteilung 5.12 wurde irrtümlich eine geringfügig andere Vorfassung umgedruckt. Es wird gebeten, die versendete Version gegen die als Tischvorlage ausliegende Endfassung auszutauschen.

Auf Antrag von Herrn Philippi, SPD-Fraktion, wird vor Eintritt in die Sitzung über ein Rederecht für die beiden Vertreter der BezirksschülerInnen-Vertretung, Herrn Timo Kleiner und Herrn Joram Eickhoff, für die Dauer der Sitzung abgestimmt. Das Rederecht wird einstimmig beschlossen.

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

Herr Dr. Schlieben weist darauf hin, dass der Aufbau der Tagesordnung an die Reihenfolge in der Ratssitzung angepasst wurde.

-Die Anfragen unter TOP 3.1.3 bis 3.1.6 (davon 3.1.5 und 3.1.6 als **Tischvorlagen**), sowie die neuen Anfragen unter TOP 3.2.1 bis 3.2.3 (davon 3.2.2 und 3.2.3 als **Tischvorlagen**),

-die Vorlagen unter TOP 4.5 bis 4.7 (davon 4.7 als **Tischvorlage**), sowie

-die Mitteilungen unter TOP 5.10 bis TOP 5.17 (davon 5.14 bis 5.17 als **Tischvorlagen**; **TOP 5.17 ist noch nicht auf der ausgeteilten Tagesordnung aufgeführt**).

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0.1 Präsentation zur kleinräumigen Bevölkerungsprognose; Ausgangslage und Rahmenbedingungen bei neuen Flächen für den Wohnungsbau

1 Allgemeines

1.1 Vorstellung einer neuen Schulrätin

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 AN/1958/2015 Anfrage Die Linke-Fraktion im Rat der Stadt Köln
0646/2016

- 3.1.2 Schul- und Kitaplätze für Flüchtlinge
0705/2016
- 3.1.3 Funktionalität der interaktiven Schulkarte, Beantwortung einer mdl. Anfrage des sachkundigen Einwohners der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Herrn Wirth, zur Mitteilung 0316/2016
1010/2016
- 3.1.4 Nachfrage von Frau Nesseler-Komp zum Thema Bildungsangebote für junge Flüchtlinge aus der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 29.02.2016

Beantwortung der Anfrage zu TOP 2.1.1 aus der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung
1028/2016
- 3.1.5 Beantwortung der Anfrage: Herkunftssprachlicher Unterricht
1067/2016
- 3.1.6 AN/0066/2016: Schulabgänger in Köln 0276/2016; ASW vom 29.02.2016
1269/2016
- 3.2 Neue Anfragen
- 3.2.1 Abschlüssen und Umsteiger/-innen in der Sekundarstufe I in Köln
AN/0685/2016
- 3.2.2 Fehlende Möglichkeiten für Schulbesuche/-abschlüsse für Flüchtlinge über dem 18. Lebensjahr
AN/0701/2016
- 3.2.3 Versagen des Schulsystems
AN/0730/2016
- 4 Vorlagen der Verwaltung**
- 4.1 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015
- 4.2 Zügigkeitserweiterung des Georg-Büchner-Gymnasiums Ostlandstraße in Köln-Weiden zum Schuljahr 2016/17 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
0929/2016
- 4.3 Zügigkeitserweiterung des Montessori-Gymnasiums Rochusstraße in Köln-Ehrenfeld zum Schuljahr 2016/17 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
0935/2016

- 4.4 Zügigkeitserweiterung der Max-Ernst-Gesamtschule Tollerstraße in Köln-Bocklemünd/ Mengenich zum Schuljahr 2016/17 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
0941/2016
- 4.5 Offene Ganztagschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 28.900 Plätze
0778/2016
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0755/2016
- 4.6 Rahmenvertrag Nr. 32 für die Lieferung von Schulmöbeln für Kölner Schulen, hier: Einleitung des Vergabeverfahrens
0861/2016
- 4.7 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Amt für Weiterbildung/Volkshochschule
1239/2016

5 Mitteilungen

- 5.1 Handlungsziele des Dezernats für Bildung, Jugend und Sport
0148/2016
- 5.2 Schließung der Förderschule emotionale und soziale Entwicklung "Der Kleine Prinz" zum 31.07.2016
0693/2016
- 5.3 Sachstand GGS Leuchterstraße /Neubau für OGTS
0649/2016
- 5.4 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040
0857/2016
- 5.5 Interkulturelle Zentren Köln - Orte der Begegnung / Informationsbroschüre
0895/2016
- 5.6 Bildungspartner NRW - Schule und Weiterbildung: Kooperationsvertrag zwischen Volkshochschule und Berufskolleg in der Lindenstraße
0850/2016
- 5.7 Entwicklung und Ausbau der Grundschullandschaft in den Stadtteilen Porz, Urbach und Elsdorf
0733/2016
- 5.8 „Einstieg Deutsch“ Sprachlern-App der Volkshochschulen für Geflüchtete
1104/2016

- 5.9 Weitere Entwicklung des Sürther Feldes in Rodenkirchen
0058/2016
- 5.10 Olympiaprojekt: Besuch in Rio vom 25.02.- 07.03.2016
1142/2016
- 5.11 Jahresbericht über die Beschlüsse des Ausschusses
Schule und Weiterbildung im Jahr 2015
0557/2016
- 5.12 Planungsrahmen für pädagogische Raumkonzepte an Kölner Schulen
1134/2016
- 5.13 7. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation
1248/2016
- 5.14 Projekt „Sprachmittlerpool für die Stadt Köln“
1258/2016
- 5.15 Abschluss des Schulanmeldeverfahrens der weiterführenden Schulen für das
Schuljahr 2016/2017
1273/2016
- 5.16 Ergänzende Informationen zur Vorlage 0929/2016 zur Zügigkeitserweiterung
des Georg-Büchner-Gymnasiums Ostlandstraße in Köln-Weiden zum
Schuljahr 2016/17
1346/2016
- 5.17 Abiturmottowochen 2016
1327/2016

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Personalien

- 9.1 Besetzung der Stelle Schulleitung an der Grüneberg-Schule,
Gemeinschaftsgrundschule Kapitelstr. 24-26 in Köln-Kalk
0655/2016
- 9.2 Besetzung der Stelle Schulleitung am Gymnasium Schaurtestraße in
Köln-Deutz
0879/2016

- 9.3 Besetzung der Stelle Schulleitung am Montessori-Gymnasium
Rochusstraße 145 in Köln-Bickendorf
0975/2016

10 Vorlagen

- 10.1 Umsetzung STEK Wohnen - nicht-öffentlicher Teil von TOP 4.1

11 Mitteilungen

- 11.1 Prüfbericht Kooperationsverträge offene Ganztagschule im Primarbereich
(OGS) bei 40 - Amt für Schulentwicklung
0162/2016
- 11.2 Besetzung der Schulleitungsstellen an der Städtischen Förderschule
Emotionale und soziale Entwicklung Auguststraße 1 in Köln-Nippes und an
der Förderschule Lernen Soldiner Str. in Köln-Lindweiler
0847/2016

12 Anfragen

13 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

0.1 Präsentation zur kleinräumigen Bevölkerungsprognose; Ausgangslage und Rahmenbedingungen bei neuen Flächen für den Wohnungsbau

Zu Beginn der Sitzung stellen Frau Fohlmeister und Herr Dick vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik eine Präsentation zur "Kleinräumigen Bevölkerungsprognose" (0857/2016, TOP 5.4, siehe dort) und zu Ausgangslage und Rahmenbedingungen für "Neue Flächen für den Wohnungsbau" (1028/2015, TOP 4.1) vor (Anlage 1). Die inhaltliche Diskussion zu den neuen Flächen (Anlage 3 der Beschlussvorlage) soll ggfs. im nichtöffentlichen Teil als separater TOP 10.1 erfolgen.

1 Allgemeines

1.1 Vorstellung einer neuen Schulrätin

Die neue Schulrätin Frau Reinerth stellt sich als Vertreterin der unteren staatlichen Schulaufsicht vor.

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

Frau Dr. Klein kündigt an, dass die Verwaltung die schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher vor der Junisitzung zu einem Gespräch einladen werde, um das Konzept für einen regelmäßigen Bericht vorzustellen.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 AN/1958/2015 Anfrage Die Linke-Fraktion im Rat der Stadt Köln 0646/2016

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, hat von Eltern der Gemeinschaftsgrundschule Antwerpener Straße erfahren, dass dort regelmäßig in den Pausen mit Duldung durch die Schulleitung auf dem Schulhof und in der überdachten Pausenhalle geparkt wird, sodass die Kinder bei Regenpausen angewiesen werden, im Schulgebäude zu bleiben. Er bittet, die Zweckentfremdung des Schulhofes zu verhindern.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass man den Sachverhalt prüfen wird. Die Angelegenheit müsse grundsätzlich innerschulisch geregelt werden. Zukünftig bittet sie, allgemeine Fragen mit einem konkreten Hintergrund direkt unter Bezug auf den konkreten Hintergrund zu formulieren. Dies erleichtere der Verwaltung die Recherche und Beantwortung.

3.1.2 Schul- und Kitaplätze für Flüchtlinge 0705/2016

Bürgermeister Dr. Heinen, SPD-Fraktion, kündigt an, dass im nächsten Jugendhilfeausschuss das Stufenkonzept für die Tagespflege von Flüchtlingen vorgestellt wird. In der letzten Ratssitzung hat seine Fraktion einen Antrag zur besseren Ausstattung in KiTas eingebracht. Der Rat hat beschlossen, die Zahl der Sprach-KiTas zu verdoppeln mit je einer halben zusätzlichen Stelle bei den KiTas im städtischen Bereich.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), hat gelesen, dass das Schulamt nur schulpflichtige Kinder und Jugendliche an Schulen zuweisen darf und fragt, ob die über 18-Jährigen von den Schulen weiter beschult werden dürfen.

Frau Dr. Klein hat vom Staatssekretär beim Schulministerium im Zusammenhang mit noch nicht zugewiesenen Kindern erfahren, dass alle nicht schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen nicht aufgenommen werden dürfen. Vor einer Zuweisung müssen zudem zunächst die entsprechenden Stellen für Lehrerinnen und Lehrer vorhanden sein.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, fragt nach, was das für volljährige Schülerinnen und Schüler von Berufskollegs bedeutet.

Frau Riedel antwortet, dass jeder, der eine duale Ausbildung besucht, nach dem Schulgesetz ein Recht auf Beschulung hat: Mit einem Ausbildungsplatz entsteht ebenfalls ein Anspruch auf den Schulbesuch.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), möchte wissen, wie die Ämter bei Flüchtlingskindern ohne Ausweisdokumente feststellen, ob diese schulpflichtig sind.

Frau Heuer erklärt, dass die Schulpflicht sich nach dem Alter richtet. Nach Vorstellung im Kommunalen Integrationszentrum werden die Dokumente überprüft und eine Empfehlung ausgesprochen, die vom Schulamt für die Stadt Köln umgesetzt wird.

3.1.3 Funktionalität der interaktiven Schulkarte, Beantwortung einer mdl. Anfrage des sachkundigen Einwohners der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Herrn Wirth, zur Mitteilung 0316/2016 1010/2016

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Eventuelle Rückfragen werden in der nächsten Sitzung des Schulausschusses gestellt, da Herr Wirth heute nicht anwesend ist.

3.1.4 Nachfrage von Frau Nessler-Komp zum Thema Bildungsangebote für junge Flüchtlinge aus der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 29.02.2016 Beantwortung der Anfrage zu TOP 2.1.1 aus der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung 1028/2016

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.5 Beantwortung der Anfrage: Herkunftssprachlicher Unterricht 1067/2016

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.6 AN/0066/2016: Schulabgänger in Köln 0276/2016; ASW vom 29.02.2016 1269/2016

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), bedankt sich für die umfangreiche Beantwortung ihrer Nachfrage. Sie bittet die Verwaltung, die aktualisierten Informationen ab Juni nachzureichen.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Abschlungen und Umsteiger/-innen in der Sekundarstufe I in Köln AN/0685/2016

**3.2.2 Fehlende Möglichkeiten für Schulbesuche/-abschlüsse für Flüchtlinge über dem 18. Lebensjahr
AN/0701/2016**

**3.2.3 Versagen des Schulsystems
AN/0730/2016**

4 Vorlagen der Verwaltung

**4.1 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage gerne zustimmt. Noch offene Fragen aus dem Stadtentwicklungsausschuss sollten bis zur Entscheidung des Rates noch geklärt werden. Er begrüßt es, dass die Infrastruktur für die Bildungseinrichtungen künftig frühzeitig bei der Wohnungsplanung mitberücksichtigt wird.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, beantragt, zunächst die Voten der Bezirksvertretungen abzuwarten und die Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf zu geben und sodann eine Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Schulausschusses zu veranlassen.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, und Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), schließen sich an.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in den weiteren Beratungslauf verwiesen mit erneuter Wiedervorlage in der nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**4.2 Zügigkeitserweiterung des Georg-Büchner-Gymnasiums Ostlandstraße in Köln-Weiden zum Schuljahr 2016/17 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
0929/2016**

Herr Dr. Schlieben weist auf die ergänzenden Informationen in der Mitteilung unter TOP 5.16 hin.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), kann aus den Beschlüssen der Schulkonferenzen nicht erkennen, ob den Schulen die weiteren Planungen für den Stadtbezirk Lindenthal bekannt sind.

Frau Dr. Herbers-Rauhut, sachkundige Einwohnerin (CDU), bestätigt, dass den Schulen bekannt ist, dass in Lindenthal sowohl ein neues Gymnasium, als auch eine

neue Gesamtschule und eine weitere Schule, deren Schulform noch nicht feststeht, gebaut werden sollen.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), bittet darum, künftig auch die Kapazitäten der beruflichen Gymnasien bei den SII-Schulen aufzuführen, da auch diese zur allgemeinen Hochschulreife führen.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, bittet wegen Beratungsbedarfes der Bezirksvertretung in Lindenthal auch diese Vorlage ohne eigenes Votum in die weiteren Gremien zu geben. Sie fragt nach den Standorten und dem zeitlichen Rahmen der Interimsstandorte für die geplanten Schulen in der Zusestraße und am Wasseramselweg.

Frau Dr. Klein weist bezüglich des Vorschlages der Bezirksvertretung Lindenthal darauf hin, dass durch die Schließung einer zweizügigen Hauptschule nicht genügend Platz für eine vierzügige Gesamtschule entsteht. Beim Wasseramselweg muss noch die Anbindung an den ÖPNV geplant werden und es sind Bodengutachten zu erstellen. Auch die Zusestraße muss noch erschlossen werden. Die Verwaltung versucht, so bald wie möglich unter Vorgabe eines klaren Zeitrahmens an noch zu findenden Interimsstandorten anzufangen. Diese Standorte seien halt problematischer als die von der Verwaltung vorgeschlagene Alternative an der Aachener Str. / Herbsthaler Straße.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen könnte, aber den Wunsch der CDU-Fraktion wegen Beratungsbedarf der Bezirksvertretung akzeptiert. Die Räumlichkeiten der Martin-Luther-King-Hauptschule sind nach seiner Ansicht als Interimsstandort für eine vierzügige Gesamtschule ungeeignet. Er vermisst einen Beschluss der Schulkonferenz und hofft, dass dieser noch bis zur Ratssitzung nachgereicht wird.

Auch Herr Philippi, SPD-Fraktion, könnte für seine Fraktion bereits der Vorlage zustimmen und kann vor dem Hintergrund eines einstimmigen Ratsbeschlusses die Bedenken der Bezirksvertretung nicht nachvollziehen.

Frau Ruffen würde gerne sofort beschließen, um keine Verzögerungen entstehen zu lassen.

Frau Nesseler-Komp erklärt, dass ihre Fraktion grundsätzlich bereit ist, in der Ratssitzung am 10.05. einen positiven Beschluss zu fassen.

Herr Dr. Schlieben ergänzt, dass der Beratungsbedarf der Bezirksvertretung Lindenthal einstimmig angemeldet und beschlossen wurde.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne eigenes Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4.3 Zügigkeitserweiterung des Montessori-Gymnasiums Rochusstraße in Köln-Ehrenfeld zum Schuljahr 2016/17 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 0935/2016

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), hat keine Einwände gegen die Zügigkeitserweiterung: Obwohl die Schule als zweizügige Schule ausgewiesen ist, gab es nach seiner Kenntnis seit dem Jahr 2000 bis 2013 3 Züge, ab 2014 4 Züge und im laufenden Schuljahr 5 Klassen.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), fragt nach, ob tatsächlich alle Räume des Gebäudes zur Verfügung stehen.

Frau Heuer antwortet, dass das gesamte Schulzentrum nach dem zum Sommer geplanten Auszug der Hauptschule in das Gebäude in der Borsigstraße nutzbar ist. In den vergangenen Jahren wurden einige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt, die zum Teil noch andauern, aber nicht zu Nutzungseinschränkungen führen.

Frau Dr. Klein ergänzt, dass die Verwaltung mit Hochdruck an der Erschließung zusätzlichen Schulraumes arbeitet und vorhandenen Schulraum möglichst zügig, schnell und pragmatisch zugänglich macht. Die Verwaltung schlägt der Politik ausschließlich Programme mit hoher Priorität vor.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weist auf die geringeren Kosten von Maßnahmen im Bestand hin.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

" Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW eine Zügigkeitserweiterung des Montessori-Gymnasiums Rochusstraße 145 in 50827 Köln-Ehrenfeld von 2 Zügen auf 4 Züge in der Sekundarstufe I und von 3 Zügen auf 6 Züge in der Sekundarstufe II zum Schuljahr 2016/17. Die Zügigkeitserweiterung erfolgt unter Nutzung freiwerdender räumlicher Kapazitäten der nach Ratsbeschluss vom 16.12.2014 zum Schuljahr 2016/17 an den Schulstandort Borsigstraße umziehenden und zum Schuljahr 2017/18 auslaufend schließenden Montessori-Hauptschule Rochusstraße."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Zügigkeitserweiterung der Max-Ernst-Gesamtschule Tollerstraße in Köln-Bocklemünd/ Mengenich zum Schuljahr 2016/17 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 0941/2016

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, bezieht sich auf den Wunsch der Schulkonferenz auf Errichtung des Erweiterungsbaus und möchte wissen, wie weit die Pläne dazu fortgeschritten sind. Er bedauert, dass nur das ältere Votum der Schulkonferenz vor-

gelegt wurde und das neue bis zur Ratssitzung nachgereicht wird. Trotzdem stimmt seine Fraktion der Vorlage zu, wenn die Frage nach dem Erweiterungsbau geklärt wird.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), schließt sich der Bitte um einen Zeitplan für den Erweiterungsbau an.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

"Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW eine Zügigkeitserweiterung der Max-Ernst-Gesamtschule Tollerstr. 16 in 50829 Köln-Bocklemünd/ Mengenic von 4 Zügen auf 5 Züge in der Sekundarstufe I und von 3 Zügen auf 4 Züge in der Sekundarstufe II zum Schuljahr 2016/17. Bis zur Fertigstellung des vorgesehenen Erweiterungsbaus können Unterrichtsräume in vorhandenen Gebäudeteilen, die perspektivisch ersetzt werden müssen, befristet weiter genutzt werden. Die räumlich-gebäudlichen Voraussetzungen der Zügigkeitserweiterung können damit erfüllt werden."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Offene Ganztagschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 28.900 Plätze
0778/2016**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0755/2016**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erläutert den Änderungsantrag: Es sei wichtig, das Platzangebot der Offenen Ganztagschule weiter auszubauen. Man sollte prüfen, woran es liegt, dass einzelne Schulen bisher lediglich eine Quote von 50% erreichen. Die Qualität des Offenen Ganztages hänge nicht zuletzt von der Bezahlung der dort Beschäftigten ab, was manchen Trägern Probleme bereite. Das Land erhöht seinen Zuschuss ab August um 1,5%. Die Stadt möchte die zusätzliche Erhöhung des kommunalen Pflichtanteils von 1,5% mit dem freiwilligen Anteil der Stadt Köln verrechnen. Die Antragsteller möchten die komplette Erhöhung an die Träger weitergeben, um den Qualitätsstandard zu sichern. Es sei beabsichtigt, die Befreiung von den KiTa-Gebühren auf 12 Monate zurückzuführen. Aus den damit eingesparten Finanzmitteln in Höhe von ca. 3,5 Millionen Euro sollen 560.000 Euro zur Finanzierung des städtischen Anteils herangezogen werden.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, begrüßt die Vorlage der Verwaltung. Auch seine Fraktion möchte die Diskrepanz bei der Versorgungsquote in den einzelnen Stadtbezirken beseitigen. Sie möchte sich der Beschlussalternative der Verwaltungsvorlage zu Punkt 4 zur Weitergabe beider Anteile an die Träger anschließen. Inhaltlich gehöre ein Beschluss zur Finanzierung aber in die Haushaltsplanberatungen. Ein Beschluss über 560.000 Euro im Vorgriff auf das nächste Haushaltsjahr im Ausschuss für Schule und Weiterbildung stelle eine Umgehung der Haushaltsplanungen in den Fraktionen dar.

Wenn man das Geld aus der KiTa-Betreuung herausnehme, um damit den Betreuungsbereich OGTS zu stärken, sei dies definitiv eine Beitragserhöhung zu Lasten der Eltern mit Kita-Kindern. Er appelliert daher an die Antragsteller, ihren Änderungsantrag zurückzunehmen und sich im Rahmen der Haushaltsberatungen in Ruhe über die Finanzierung des Beschlusses zu beraten.

Herr Thelen antwortet, dass man im Schulbereich nicht warten könne, bis der Haushalt beschlossen sei, weil das Schuljahr sich vom Haushaltsjahr unterscheidet. Die Träger benötigten rechtzeitig Informationen darüber, wie das nächste Schuljahr finanziert werden kann. Die Regelungen im KiTa-Bereich seien sehr sozial. Man wolle sicherstellen, dass die eingesparten Gelder im Bildungsbereich verbleiben.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, schließt sich dem an.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, freut sich, dass alle Fraktionen die Qualität im offenen Ganztage verbessern möchten. Für seine Fraktion spricht er sich grundsätzlich gegen eine Erhöhung der KiTa-Beiträge aus. Er warnt davor, die OGTS mit KiTa-Beiträgen quersubventionieren zu lassen, denn auch dort würden diese Mittel zur Qualitätssteigerung benötigt. Seine Fraktion möchte der Beschlussalternative der Verwaltungsvorlage zustimmen und über die Finanzierung im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutieren. Man werde der Vorlage nicht zustimmen, wenn der Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen werde.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), ist der Meinung, dass die Entlastungen durch die Beitragsfreiheit bei den Kitas wegen der Staffelung der Beiträge überwiegend denjenigen zugutekommen, die sich die Beiträge sowieso leisten könnten. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen sei zu kurzfristig vorgelegt worden, um sich mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion abzustimmen. Sie werde sich aus diesem Grunde enthalten.

Herr Thelen bittet darum, die Entscheidung über die Vorlage in der geänderten Form nicht zu verschieben.

Bürgermeister Dr. Heinen, SPD-Fraktion, weist auf die prinzipielle Natur der im Änderungsantrag angesprochenen Regelungen hin. Daher seien die Haushaltsplanberatungen der richtige Ort. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene sprechen sich die meisten Parteien für eine Beitragsfreiheit im KiTa-Bereich aus. Gelder aus dem KiTa-Bereich für den OGTS-Bereich zu verwenden widerspräche diesen Forderungen. Die Diskussion über die Finanzierung in den Haushaltsberatungen könne nicht durch den Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorweggenommen werden.

Herr Dr. Schlieben vertritt die Auffassung, dass formal für die 12-monatige Beitragsfreiheit im KiTa-Bereich eine Zweckbindung für die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel besteht. Diese Zweckbindung bestehe nicht für darüber hinaus zur Verfügung gestellte Mittel.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, fasst zusammen, dass über den bedarfsgerechten Ausbau der Offenen Ganztageschule fraktionsübergreifend Einigkeit besteht.

Daraufhin lässt Herr Dr. Schlieben abschnittsweise über den Änderungsantrag und die ursprüngliche Vorlage mit ihren Alternativen abstimmen.

1. Beschluss:

Der Ausschuss beschließt Ziffer 4, Absatz 2 und 3 in der Fassung der *Alternative* mit folgender Änderung:

„Der darüber hinaus für das Haushaltsjahr 2017 zusätzlich zu veranschlagende Restbetrag in Höhe von 563.550 Euro, der für eine Weitergabe der Dynamisierung des kommunalen Pflichtanteils an die Träger zusätzlich aufgewendet werden muss, ist aus den zukünftigen Mehreinnahmen bei Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen - infolge der Reduzierung der Betragsfreiheit auf die vom Land finanzierten zwölf Monate vor der Einschulung - zu finanzieren.“

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke mehrheitlich beschlossen. Die FDP-Fraktion enthält sich.

2. Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgende Fassung als Punkt 4 in den Gesamtbeschluss zu übernehmen:

„Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch Veranschlagung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten haushaltsmäßigen Auswirkungen analog dem Ratsbeschluss vom 12.05.2015 sicherzustellen.“

Die ab dem 01.08.2016 schuljährlich um zusätzlich 1,5% auf 3% steigende Dynamisierung der Landesförderung sowie der in gleicher Weise sukzessiv steigende Pflichtanteil der Kommune wird als tatsächliche Erhöhung der Betriebsmittel zur Qualitätssicherung an die Träger ausgezahlt.

Der darüber hinaus für das Haushaltsjahr 2017 zusätzlich zu veranschlagende Restbetrag in Höhe von 563.550 Euro, der für eine Weitergabe der Dynamisierung des kommunalen Pflichtanteils an die Träger zusätzlich aufgewendet werden muss, ist aus den zukünftigen Mehreinnahmen bei Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen - infolge der Reduzierung der Betragsfreiheit auf die vom Land finanzierten zwölf Monate vor der Einschulung - zu finanzieren.“

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke mehrheitlich beschlossen. Die FDP-Fraktion enthält sich.

3. Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, die Punkte 1 bis 3 und 5 der Vorlage wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat nimmt den insgesamt 1.000 Plätze umfassenden Mehrbedarf in den offenen Ganztagschulen im Primarbereich zur Kenntnis und
2. beschließt, das Platzkontingent ab dem Schuljahr 2016/2017 in dem vorhandenen Raumbestand der Schulen vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse auf insgesamt 28.900 zu erhöhen.
3. Der Rat beschließt weiterhin, dass zum Stellenplan 2016 die notwendigen zusätzlichen 0,46 Stellen der VGr.VII, FGr. 1a BAT (Entgeltgruppe 5 TVöD) in den Schulsekretariaten sowie 0,80 Stellen mit der Besoldungsgruppe A7 ÜBesG NRW

zur Festsetzung der Elternbeiträge in der Jugendverwaltung eingerichtet werden. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2016 sind verwaltungsintern Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Zur Finanzierung beschließt der Rat für 2016 beim Amt für Kinder, Jugend und Familie überplanmäßige Mehraufwendungen im Teilplan 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 19.367 Euro und Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen (Sachkosten Büroarbeitsplatz) in Höhe von 5.333 Euro. Die Deckung der Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 24.700 Euro erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Schülerbetreuungsmaßnahmen). Der für 2016 beim Amt für Schulentwicklung im Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen entstehende Mehrbedarf in Höhe von 8.893 Euro wird durch Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 bei Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Schülerbetreuungsmaßnahmen) im Wege der echten Deckung finanziert. Im Haushaltsjahr 2017 sind Aufwendungen im Teilplan 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 46.480 Euro, in Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen (Sachkosten Büroarbeitsplatz) in Höhe von 12.800 Euro und im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 21.344 Euro zu veranschlagen. Die ab 2017 zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von 80.624 Euro werden durch Ausgleichsbeträge an anderer Stelle innerhalb des Schul- bzw. Dezernatsbudgets IV kompensiert. Die haushaltsrechtliche Umsetzung ab dem Haushaltsjahr 2018 erfolgt im Rahmen der Hpl-Aufstellung 2018 ff., für 2017 erfolgt diese zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen einer überplanmäßigen Mittelbereitstellung.

5. Der Rat nimmt den perspektivischen Bedarf in Höhe von 85% zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung damit, jährlich eine Bedarfsanalyse durchzuführen und den Mehrbedarf vor Beginn des jeweiligen Schuljahres dem Rat bekannt zu geben.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Geänderter Gesamtbeschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgende geänderte Fassung zu beschließen:

1. „Der Rat nimmt den insgesamt 1.000 Plätze umfassenden Mehrbedarf in den offenen Ganztagschulen im Primarbereich zur Kenntnis und
2. beschließt, das Platzkontingent ab dem Schuljahr 2016/2017 in dem vorhandenen Raumbestand der Schulen vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse auf insgesamt 28.900 zu erhöhen.
3. Der Rat beschließt weiterhin, dass zum Stellenplan 2016 die notwendigen zusätzlichen 0,46 Stellen der VGr.VII, FGr. 1a BAT (Entgeltgruppe 5 TVöD) in den Schulsekretariaten sowie 0,80 Stellen mit der Besoldungsgruppe A7 ÜBesG NRW zur Festsetzung der Elternbeiträge in der Jugendverwaltung eingerichtet werden. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2016 sind verwaltungsintern Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Zur Finanzierung beschließt der Rat für 2016 beim Amt für Kinder, Jugend und Familie überplanmäßige Mehraufwendungen im Teilplan 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 19.367 Euro und Teilplanzeile 16 – sonstige

ordentliche Aufwendungen (Sachkosten Büroarbeitsplatz) in Höhe von 5.333 Euro. Die Deckung der Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 24.700 Euro erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Schülerbetreuungsmaßnahmen). Der für 2016 beim Amt für Schulentwicklung im Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen entstehende Mehrbedarf in Höhe von 8.893 Euro wird durch Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 bei Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Schülerbetreuungsmaßnahmen) im Wege der echten Deckung finanziert. Im Haushaltsjahr 2017 sind Aufwendungen im Teilplan 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 46.480 Euro, in Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen (Sachkosten Büroarbeitsplatz) in Höhe von 12.800 Euro und im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 21.344 Euro zu veranschlagen. Die ab 2017 zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von 80.624 Euro werden durch Ausgleichsbeträge an anderer Stelle innerhalb des Schul- bzw. Dezernatsbudgets IV kompensiert. Die haushaltsrechtliche Umsetzung ab dem Haushaltsjahr 2018 erfolgt im Rahmen der Hpl-Aufstellung 2018 ff., für 2017 erfolgt diese zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen einer überplanmäßigen Mittelbereitstellung.

4. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch Veranschlagung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten haushaltsmäßigen Auswirkungen analog dem Ratsbeschluss vom 12.05.2015 sicherzustellen.

Die ab dem 01.08.2016 schuljährlich um zusätzlich 1,5% auf 3% steigende Dynamisierung der Landesförderung sowie der in gleicher Weise sukzessiv steigende Pflichtanteil der Kommune wird als tatsächliche Erhöhung der Betriebsmittel zur Qualitätssicherung an die Träger ausgezahlt.

Der darüber hinaus für das Haushaltsjahr 2017 zusätzlich zu veranschlagende Restbetrag in Höhe von 563.550 Euro, der für eine Weitergabe der Dynamisierung des kommunalen Pflichtanteils an die Träger zusätzlich aufgewendet werden muss, ist aus den zukünftigen Mehreinnahmen bei Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen - infolge der Reduzierung der Betragsfreiheit auf die vom Land finanzierten zwölf Monate vor der Einschulung - zu finanzieren.

5. Der Rat nimmt den perspektivischen Bedarf in Höhe von 85% zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung damit, jährlich eine Bedarfsanalyse durchzuführen und den Mehrbedarf vor Beginn des jeweiligen Schuljahres dem Rat bekannt zu geben.“

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke mehrheitlich beschlossen. Die FDP-Fraktion enthält sich.

4.6 Rahmenvertrag Nr. 32 für die Lieferung von Schulmöbeln für Kölner Schulen, hier: Einleitung des Vergabeverfahrens 0861/2016

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, ob man durch den neuen Rahmenvertrag auch die Möglichkeit hat, flexibel je nach pädagogischem Ansatz auch Einzeltische als Schulmöbel zu bestellen.

Herr Konrads erklärt, dass die Ausschreibung in Losen erfolgt und Rabatte auf den kompletten Katalog eröffnet.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, fragt nach, was unter „Bestellungen für andere städtische Dienststellen“ zu verstehen ist.

Herr Konrads antwortet, dass auch die Bürgerämter, das Jugendamt oder andere Ämter aus dem abgeschlossenen Rahmenvertrag bestellen dürfen.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

"Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zwecke des Abschlusses eines neuen Rahmenvertrages für die Möblierung der Klassenräume in Kölner Schulen das Vergabeverfahren durchzuführen.

Der Rat der Stadt Köln verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.7 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Amt für Weiterbildung/Volkshochschule 1239/2016

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, möchte wissen, warum die Lanxess AG diese Spende macht.

Frau Heuer erläutert, dass Lanxess sich an die Verwaltung gewandt hat, mit dem Anliegen, dass man aus einem Fond der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter etwas für Flüchtlinge tun möchte. Aus dem gleichen Fond wurden auch Spenden in Höhe von jeweils 500 Euro an die Fördervereine aller Schulen, die neu eine Seiteneinsteigerklasse eingerichtet haben, angewiesen. Auflagen wurden damit nicht verbunden.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

"Der Rat nimmt die Spende der Lanxess Deutschland GmbH in Höhe von insgesamt 50.000,- EUR an die Volkshochschule Köln für die Jahre 2015 und 2016 mit Dank an."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Handlungsziele des Dezernats für Bildung, Jugend und Sport 0148/2016

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, berichtet, dass Herr Wirth in Finnland gesehen hat, dass man dort auf den Lehrerpulten aller Klassenräume Kameras installiert hat, die mit einem Beamer verbunden sind und Buchseiten, Tablet-Anzeigen, Bilder etc. an die Wand projizieren können. Er halte dies für eine kommunikativere Alternative zu den interaktiven Tafeln, welche nur von wenigen Lehrerinnen und Lehrern benutzt werden. Herrn Thelen fehlen bei den Übergängen unter Nr. 6 die Berufskollegs. Unter Nr. 10 wird unter „Modernes Bauen“ eine möglichst flexible Nutzung für Sportstätten angestrebt. Dies sollte auch auf die Schulbauten ausgedehnt werden. Zu Punkt 14 „Gesundheitsförderung“ merkt er an, dass an Kölner Schulen das Essen gesünder werden müsse.

BezirksschülerInnenvertreter Herr Kleiner erklärt, dass an Kölner Schulen bereits seit einigen Jahren Kameras am Lehrerpult genutzt werden. Diese seien in der Regel von den Lehrern selbst oder vom Förderverein beschafft worden. Sie seien eine sinnvolle Ergänzung zu den interaktiven Tafeln. Dass diese teilweise nicht genutzt werden, liege an der lückenhaften Ausbildung der Lehrkräfte.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), ergänzt, dass das junge Lehrpersonal umfassende mediale Kenntnisse besitzt und keine Probleme mit den interaktiven Tafeln hat.

Frau Heuer weist darauf hin, dass digitale Bildung eine Pflichtaufgabe der Stadt ist. Es gebe jährlich im Rahmen des Haushaltes nur ein kleines Zeitfenster zur Deckung des schulischen Bedarfes. Es werde keine Technik ausgeliefert, deren Anwendung nicht durch Fortbildungen sichergestellt ist.

5.2 Schließung der Förderschule emotionale und soziale Entwicklung "Der Kleine Prinz" zum 31.07.2016 0693/2016

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Sachstand GGS Leuchterstraße /Neubau für OGTS 0649/2016

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.4 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040
0857/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.5 Interkulturelle Zentren Köln - Orte der Begegnung / Informationsbroschüre
0895/2016**

Die Informationsbroschüren lagen zur Sitzung nicht vor. Sie sollen als Anlage zur Niederschrift nachgereicht werden (Anlage 2).

**5.6 Bildungspartner NRW - Schule und Weiterbildung: Kooperationsvertrag zwischen Volkshochschule und Berufskolleg in der Lindenstraße
0850/2016**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, interessiert sich für die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und für den Erfolg der Maßnahme.

Herr Schüller, Amt für Weiterbildung, bedankt sich für die Aufnahme am Berufskolleg Lindenstraße und wird die Informationen nachreichen. Durch Brückenkurse in den Bereichen Englisch und Mathematik entstanden Vorteile für beide Seiten.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, möchte wissen, ob auch an anderen Schulen Räume für andere Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden können.

Frau Heuer bestätigt, dass die Schulverwaltung entsprechende Anfragen intensiv unterstützt, sofern der Schulbetrieb dadurch nicht eingeschränkt wird. An manchen Schulen sind die Räume jedoch im Rahmen des Ganztages teilweise bis 17 Uhr belegt. Der Einsatz von Hausmeistern kann zudem nicht kostenneutral erfolgen.

**5.7 Entwicklung und Ausbau der Grundschullandschaft in den Stadtteilen Porz, Urbach und Elsdorf
0733/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.8 „Einstieg Deutsch“ Sprachlern-App der Volkshochschulen für Geflüchtete
1104/2016**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bittet darum, die Mitteilung auch dem Ausschuss Soziales und Senioren und dem Integrationsrat zur Kenntnis zu geben.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.9 Weitere Entwicklung des Sürther Feldes in Rodenkirchen 0058/2016

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, wie man kurzfristig die räumlichen Voraussetzungen zur Erweiterung der Gesamtschule Rodenkirchen um 2 Züge schaffen will.

Frau Dr. Klein erklärt, dass man die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln beauftragt hat, zum Schuljahr 2017/2018 neben der Schule mobile Einheiten zu errichten, durch welche die Zügigkeitserweiterung umgesetzt werden kann.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.10 Olympiaprojekt: Besuch in Rio vom 25.02. - 07.03.2016 1142/2016

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, möchte wissen, wie die Maßnahme finanziert werden soll.

Frau Dr. Klein erklärt, dass für Besuch und Gegenbesuch Gesamtkosten in Höhe von 55.000,- Euro entstehen. Die Finanzierung erfolgt aus Spenden von Sponsoren, Preisgeldern, aus Mitteln des Sportamtes (9.000 Euro) und aus eigenen Mitteln der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Für den Gegenbesuch wird ein Teil aus der Mitarbeiterstiftung der Stadt Köln und aus einer weiteren Stiftung finanziert, weil die Schülerinnen und Schüler aus Rio den Eigenanteil nicht aufbringen können.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.11 Jahresbericht über die Beschlüsse des Ausschusses Schule und Weiterbildung im Jahr 2015 0557/2016

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, vermisst bei den noch laufenden Baubeschlüssen Angaben zur Dauer der Maßnahmen.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass man dabei ist, für die Schulbaumaßnahmen unter TOP 1.3 im ASW ein Berichtswesen aufzubauen, aus dem angestrebte Fertigstellungstermine ersichtlich sein werden.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, wünscht sich für die Zukunft eine digital abrufbare Datei der Sachstände zu den Beschlüssen. Der Punkt „Potentialanalyse“ sei in der Auflistung für „abgeschlossen“ erklärt. Eine Anfrage beim Datenschutzbeauftragten für die Kölner Schulen ergab jedoch, dass dieser bisher kein Verfahrenskonzept der Talentbrücke abgenommen habe. Bei den Eltern sei weitgehend unbekannt, dass die Teilnahme an der Potentialanalyse freiwillig ist.

Frau Dr. Klein erklärt, dass der städtische Datenschutzbeauftragte nicht zuständig ist, weil es sich um ein Landesprogramm handelt. Mittlerweile nehmen ausschließlich Schülerinnen und Schüler an der Potentialanalyse teil, deren Eltern ihr Einverständnis dazu erklärt haben.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), hat den Eindruck, dass dies bei den Betroffenen so noch nicht wahrgenommen wird.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.12 Planungsrahmen für pädagogische Raumkonzepte an Kölner Schulen 1134/2016

Herr Dr. Schlieben dankt der Verwaltung für das umfangreiche Konzept und würde sich wünschen, dass zu Beginn einer der nächsten Ausschusssitzungen das Konzept nochmals in Form einer kurzen Präsentation erläutert wird, um anschließend darüber zu diskutieren.

Frau Heuer erklärt, dass das Konzept ein Ergebnis jahrelanger Erfahrungen und intensiver Diskussionen, zum Beispiel bei der Bildungslandschaft Altstadt/Nord oder für die Schulen auf dem Heliosgelände, ist. Die Bezirksvertretung Lindenthal hat ein Wunschkonzept für ihre Schulen erstellt und musste erstaunt feststellen, dass ein entsprechendes Konzept bereits von der Verwaltung entwickelt wurde. Sie bietet an, zusammen mit Herrn Heilmann, dem ehemaligen Leiter der Rosenmaarschule, und anderen das pädagogische Konzept zu erläutern, das diesem Raumkonzept zugrunde liegt, sofern die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen dies zeitlich zulässt. Über das Regionale Bildungsbüro könne auch ein weitergehender Workshop für Interessierte angeboten werden. Das vorliegende Konzept soll für mehr Flexibilität in die künftigen Ausschreibungen für Schulbauten mit eingebracht werden.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, ist erfreut, dass man sich von festen Mustern lösen möchte zu Gunsten transparenter offener Räume. Er würde einen entsprechenden Workshop begrüßen.

Auch Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), findet in dem Konzept interessante Anregungen, wie Schule funktionieren kann. Die dabei vorgestellte Lösung zur Toilettensituation sei geeignet, Probleme erheblich zu reduzieren.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), und Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, schließen sich dem Lob an.

Herr Dr. Schlieben schlägt vor, die Mitteilung mit der nächsten Tagesordnung wieder vorzulegen und möchte mit Frau Heuer klären, wann eine entsprechende Präsentation oder ein Workshop mit Diskussion zeitlich passt.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, würde sich wegen der grundlegenden Bedeutung bevorzugt außerhalb der Sitzungen zu einem Workshop treffen wollen.

5.13 7. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation 1248/2016

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.14 Projekt „Sprachmittlerpool für die Stadt Köln“
1258/2016**

Der Flyer lag zur Sitzung nicht vor. Er soll als Anlage zur Niederschrift nachgereicht werden (Anlage 3).

**5.15 Abschluss des Schulanmeldeverfahrens der weiterführenden Schulen
für das Schuljahr 2016/2017
1273/2016**

Frau Dr. Klein verweist auf Seite 4 unten, wo sich aus dem Vergleich von Gesamtkapazitäten mit dem angenommenen Bedarf neben dem Platzproblem auch ein Verteilungsproblem ergibt. 895 freien Plätzen stehen 777 Ablehnungen an den Gesamtschulen gegenüber. Nicht nur in Rodenkirchen werden gemeinsam mit den Schulen zusätzliche Kapazitäten an den Gesamtschulen gesucht. An den Gymnasien überwiegen Klassengrößen mit 30 Schülerinnen und Schülern. Diese Probleme gibt es aber auch in den anderen Großstädten. Die Verwaltung wird deshalb weitere Vorschläge zur Erweiterung von Zügigkeiten vorlegen und versuchen, relativ kurzfristig zusätzliche Raumkapazitäten zu erschließen. Lediglich bei 127 Schülerinnen und Schülern (also unter 3%) konnte weder der Erst- noch der Zweitwunsch erfüllt werden. Man hat in diesen Fällen den Eltern das räumlich nächstgelegene Gymnasium mit freien Kapazitäten angeboten. Der Platz dort würde bis zum 20.04. freigehalten.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, möchte wissen, ob es Erkenntnisse gibt, in welchen Stadtteilen oder Bezirken mehrfach weder der Erst- noch der Zweitwunsch erfüllt werden konnte.

Frau Dr. Klein stellt fest, dass sich die Situation im Gymnasialbereich in der Innenstadt, sowie in den Bezirken Lindenthal und Widdersdorf entgegen der Erwartung entspannt hat. Schwerpunkte liegen in erster Linie linksrheinisch, wobei die Lücken sich über alle Stadtbezirke verteilen.

Für Herrn Kockerbeck, Fraktion DieLinke, sind 500 neu geschaffene Gesamtschulplätze in den letzten 10 Jahren zu wenig: 30% der Anmeldungen an Gesamtschulen können nicht berücksichtigt werden. Er möchte wissen, ob man mit dem Land darüber gesprochen hat, wie man die Lücke bei den Gesamtschulen verringern kann.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), meint, dass das Anmeldeverfahren die Gymnasien benachteiligt: Das Verfahren zur Verteilung der Gesamtschulplätze ist vorgezogen und dort sind feste Verteilungsschlüssel vorgegeben, während alle, die ans Gymnasium gehen möchten, unabhängig von vorhandenen räumlichen Kapazitäten auch genommen werden müssen.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), weist darauf hin, dass es im Land ein Nord-Süd-Gefälle gibt: Während im Süden NRWs bis Düsseldorf wegen hoher Bevölkerungszuwächse insbesondere in den Ballungsgebieten zu wenig Plätze an den Gesamtschulen sind, mussten im Ruhrgebiet Gesamtschulen mangels Anmeldezahlen schließen. Eltern wünschen eine Schule, in der es das Abitur gibt. Das Anmelde-

verfahren an den Gesamtschulen ist vorgeschaltet, damit es die Möglichkeit gibt, anschließend noch an den anderen Schulformen einen Platz zu finden. Die Gymnasien werden durch dieses Verfahren nicht benachteiligt.

Frau Ruffen kann sich auch eine zeitgleiche Annahme von Anmeldungen an Gymnasien und Gesamtschulen vorstellen. In Bonn mache man das so.

Frau Heuer erläutert, dass man das Thema intensiv mit der Bezirksregierung besprochen habe: Lässt man beide Anmeldeverfahren parallel laufen, dann entsteht das Problem, wie die nicht berücksichtigten Kinder an den Gesamtschulen dann verteilt werden sollen, weil man sie nicht nach ihrer Empfehlung verteilen darf und die Namen anonym sind. Das kann zu einem Wettlauf um den ersten Platz führen. Eine Lösung konnte -insbesondere für die zeitgleich zu verteilenden Inklusionskinder- nicht gefunden werden, sodass man im nächsten Jahr erneut beantragen wird, das Verfahren für die Gesamtschulen vorzuziehen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hält die nur auf Landesebene zu ändernde Verpflichtung zur Drittelparität der Gesamtschulen für eine Ursache des Problems: Es kann dort begründet abgelehnt werden, wenn die Empfehlung nicht der Kapazität in diesem Bereich entspricht.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, fordert verstärkte Information über die Möglichkeiten an anderen Schulformen, damit sich die Anmeldungen mehr verteilen.

Frau Ruffen führt die hohen Anmeldezahlen darauf zurück, dass die Eltern die Schulform Hauptschule nicht mehr wollen, weil sie durch die Anmeldung ihrer Kinder an der Gesamtschule mehr Chancen für diese erwarten. Dies sei sowohl für die Schulen, als auch für die Kinder, welche nach der 6. Klasse scheitern, problematisch.

Frau Dr. Klein erinnert an die Ergebnisse der beiden Elternbefragungen aus den Jahren 2009 und 2012, in denen das Gymnasium als beliebteste Schulform vor der Gesamtschule lag. Es gebe immer auch einzelne Eltern, die trotz Beratung am Gymnasium anmelden, obwohl z.B. die Realschule als bessere Alternative in Frage käme. Aus der Elternbefragung ergibt sich der Bedarf, möglichst bald viele zusätzliche Schulen zu bauen. Bevor man aber mit einem Interimsstandort starte, müsse man verbindlich wissen, wann die Schule fertiggestellt werden könne.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), denkt, dass Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit gefragt sind, um den Eltern deutlich zu machen, dass auch andere Schulwege zum Abitur führen. Die Zubringerschulen der Berufskollegs sind die Realschulen.

BezirksschülerInnenvertreter Herr Kleiner bestätigt, dass unter Schülerinnen und Schülern das Fachabitur und die beruflichen Gymnasien weitgehend unbekannt sind. Die Schülerinnen und Schüler bevorzugen eine durch die Gesamtschule bestimmte Bildungslandschaft, weil der Austausch untereinander dort besser funktioniere.

Herr Pfeuffer ergänzt, dass mittlerweile 30% der Schülerinnen und Schüler mit einem Realschulabschluss unmittelbar in die gymnasiale Oberstufe des Gymnasiums oder einer Gesamtschule übergehen. 40% wechseln an die Berufskollegs mit dem Ziel, dort ihre schulische Reife auszubauen. Durch das Zentralabitur konnte nachgewiesen werden, dass das Abitur an der Gesamtschule genauso gut ist wie das an den Gymnasien. 50-60 % der Schülerinnen und Schüler gehen aus der Sekundarstufe I der Gesamtschulen in die Sekundarstufe II über. Auch Schülerinnen und Schüler mit

Hauptschul- oder Realschulempfehlung können dort in die Oberstufe und zum Abitur geführt werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.16 Ergänzende Informationen zur Vorlage 0929/2016 zur
Zügigkeitserweiterung des Georg-Büchner-Gymnasiums Ostlandstraße
in Köln-Weiden zum Schuljahr 2016/17
1346/2016**

Herr Dr. Schlieben bittet darum, die Mitteilung auch der Bezirksvertretung Lindenthal zur Verfügung zu stellen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.17 Abiturmottowochen 2016
1327/2016**

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP) und Schulpflegschaftsvorsitzende am Humboldt-Gymnasium, erklärt, dass die Stadtschulpflegschaft eine übergreifende erweiterte Schulkonferenz der betroffenen Gymnasien in der Innenstadt mit Schulleitung, Elternvertretern, Schulverwaltung und Polizei vorschlägt. Man will ein stadtübergreifendes Angebot für die Abiturienten überlegen, wo sie ohne Eskalation feiern und sich messen können.

BezirksschülerInnensprecher Herr Kleiner weist darauf hin, dass man Lösungen nur unter Beteiligung der Schülerinnen und Schüler finden kann. Es sei naiv, zu denken, dass man den „Abi-Krieg“ abschaffen kann. Die BezirksschülerInnenvertretung wird auf der Bezirksdelegiertenkonferenz am 20.05. in einem Workshop eine Resolution verfassen und sich gemeinsam vernetzte Maßnahmen überlegen, die an alle Schulen weitergegeben werden, um weitere Überlegungen innerhalb der Schulen anzuregen. Der im Mai zu wählende neue Vorstand wird ein bindendes Regularium mit Verhaltenstipps für die Mottowochen erarbeiten.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, begrüßt die Initiative der BezirksschülerInnenvertretung. Die Verantwortung für eine Feierkultur liege in erster Linie bei der einzelnen Schule: Was in Köln im Karneval in der Gemeinschaft zwischen Schülerinnen und Schülern, Lehrern und Eltern gut gelinge, müsse auf die Mottowochen in einer fröhlichen Feierform übertragen werden. Die Einschaltung der Polizei im Vorfeld nehme der Schule die Verantwortung ab.

Frau Dr. Klein empfiehlt, den Bericht der Polizei für den Innenausschuss des Landtages vom 04.04.2016 nachzulesen. Betroffen ist ein kleiner Kern von linksrheinischen Gymnasien in der Innenstadt. Auch die Direktorenkonferenz hat deutlich gemacht, dass es sich um eine Aufgabe und Sache der einzelnen Schulen handelt. Vorgeschlagen wird werden eine Reihe von Maßnahmen der Schulen mit der Polizei und dem schulpflegschaftlichen Dienst, die ein ausgewogenes Maß zwischen Prävention und Feiern ermöglichen. Eine Maßnahme davon ist, dass in den Schulen zwischen 22 Uhr und 6 Uhr nicht übernachtet werden darf und die Schulen in diesem Zeitraum geschlossen werden. Die Polizei kann dann genau unterscheiden, wer sich dort berechtigt oder unberechtigt aufhält. In Einzelfällen ist der Ausschluss von der Abiturfeier zu

prüfen. Das Abiturzeugnis könne per Post zugestellt werden. Die Kosten für die Sonderreinigungen werden vom Schulgirokonto erstattet als Zeichen der Solidarität der Schule für das Aufkommen des entstandenen Schadens. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind sinnvoll und wirksam, wenn sie von den Schulen selbst angewandt werden. Die Stadt Köln stellt ergänzend ein Angebot der Schulpsychologie zur Verfügung, um beratend zu unterstützen.

6 Anfragen

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, fragt nach dem Sachstand beim **Erweiterungsbau für die Gesamtschule Bocklemünd**.

Frau Heuer antwortet, dass derzeit die Machbarkeitsstudie im Zusammenhang mit der Grundschule läuft. Mit der Schule wurde detailliert abgesprochen, was im Bestand umsetzbar ist und was in Zukunft umgesetzt werden kann. Ein belastbarer Zeitplan kann derzeit noch nicht vorgelegt werden.

7 Verschiedenes

Köln, den 29.04.2016

gez. Dr. Schlieben

(Vorsitzender)

gez. Bernecker

(Schriftführer)

Anlage 1: Präsentation Bevölkerungsprognose und Neue Wohnbauflächen
(zu TOP 0.1, 4.1, 5.4 und 10.1)

Anlage 2: Informationsbroschüren „Interkulturelle Zentren Köln“ und
„Orte der Begegnung“ (zu TOP 5.5, Vorlage 0895/2016)

Anlage 3: Flyer „Sprachmittlerpool für die Stadt Köln“
(zu TOP 5.14, Vorlage 1258/2016)